

Aus der Arbeit des Vorstandes

einer Wanderung am Saminabach etwa 1 km unterhalb von Steg feststellen musste, dass mit Eisenträgern ohne sichtliche Notwendigkeit eine Brücke über die Samina gebaut wird.

Nach langem Herumfragen hat die LGU herausgefunden, dass Mitglieder der Genossenschaft Grosssteg für den Brückenbau verantwortlich sind. Keine Landesbehörde war über den Fall informiert. Eine Bewilligung liegt nicht vor.

Die LGU hat von Anfang an darauf gedrängt, dass die illegal errichtete Brücke wieder abgebrochen wird. Es geht nicht an, dass entgegen allen gesetzlichen Verfahrensbestimmungen nach eigenem Ermessen landschaftliche Eingriffe vorgenommen werden. Verliererin ist dabei nicht nur die Natur. Die Dummen sind auch jene, die sich an die Gesetze halten und riskieren, dass ein Vorhaben abgelehnt wird.



Ist es wirklich nötig, dass mit einem Helikopter Eisenträger ins Saminatal geflogen werden, um dort ohne sichtliche Notwendigkeit eine Brücke zu errichten?

(Foto: B. Rheinberger)

Dr. Mario Frick bei der LGU

Erste Kontaktaufnahme mit neuem Umweltminister

Am 24. August folgte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Mario Frick der Einladung des LGU-Vorstandes zu einer ersten Kontaktaufnahme. Das Gespräch zwischen dem neuen Umweltminister und dem LGU-Vorstand fand in einer herzlichen Atmosphäre statt. Es wurde über anstehende Probleme und wichtige Vorhaben der nächsten Jahre diskutiert, so beispielsweise über das neue Naturschutzgesetz, das Naturschutzinventar, die Rheinkraftwerke, die Landwirtschaftspolitik, den Magerwiesenschutz und einige andere Themen.

Spende von Fr. 20'000.-

Binding-Stiftung zeigt sich weiterhin grosszügig

Sehr zur Freude des Vorstandes der LGU hat der Stiftungsrat der Binding-Stiftung beschlossen, der LGU

Fr. 20'000.— für die zahlreichen Aktivitäten im Natur- und Umweltschutz zukommen zu lassen. Solche Zuwendungen sind unerlässlich, damit das Engagement der LGU aufrechterhalten werden kann. Der Vorstand bedankt sich bei den Stiftungsräten sehr herzlich.

LGU in der Energiekommission

Energieprogramm als Ziel

Die Regierung hat entschieden, der LGU sowie der Solargenossenschaft jeweils einen Sitz in der staatlichen Energiekommission zu gewähren. Für die LGU nimmt Geschäftsführer Wilfried Marxer-Schädler das Mandat wahr.

Hauptanliegen ist das Energiesparen und die Förderung erneuerbarer Energien. Für diese beiden Hauptziele muss innerhalb vernünftiger Frist ein Förderprogramm auf die Beine gestellt werden.

Solarzellen zu teuer für Banken?

Landesbank steht vor wichtiger Entscheidung

Beim Landesbankneubau in Vaduz wird in rund einem Jahr das Dach errichtet. Bis dann muss die Frage geklärt sein, ob auf diesem Dach Solarzellen integriert werden. Für das ausgeklügelte Klimatisierungskonzept beim Bankenbau wären die Solarzellen das Tüpfelchen auf dem i.

Die Entscheidung für oder gegen die Solarzellen ist noch nicht gefallen. Der Vorstand der LGU ruft daher den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung der Landesbank dazu auf, einen Entscheid zur Förderung dieser erneuerbaren Energie zu fällen. Wenn die Banken mit ihren grandiosen Geschäftsabschlüssen nicht bereit sind, in die Solarenergie zu investieren, wer soll dann noch dazu in der Lage sein?